

Tagesordnungspunkt 18

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden Westend/Bleichstraße am 07. Dezember 2011

Gegen Teilverkauf der HSK

Antrag der Fraktion Lebenswertes Westend:

Der Ortsbereich Westend/Bleichstraße unterstützt die „Wiesbadener Erklärung zur kommunalen Trägerschaft der HSK“. Er fordert den Magistrat und das Land Hessen auf, den (Teil-)Verkauf der HSK zu stoppen und der HSK die für im Folgenden beschriebenen Ziele notwendigen Betriebs- und Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen.

„Die HSK beschäftigen als einer der größten Arbeitgeber in Wiesbaden über 3.000 Menschen und garantieren ein breites, medizinisches Leistungsangebot für alle Bürger mit einem Rund um die Uhr 24-Stunden-Notfalldienst. Dies soll so bleiben, damit

1. das bisherige hohe Niveau der medizinischen und pflegerischen Leistungsangebote erhalten und weiter ausgebaut werden kann.
2. alle Wiesbadener Patienten ungeachtet ihrer Erkrankung, Alter, sozialen Herkunft und der finanziellen Attraktivität des Krankbildes behandelt werden können.
3. Pflegekräfte, Hebammen, Ärzte und medizinische Heilberufe hier ausgebildet und für den Bedarf der Region bereitgestellt werden können.
4. sozial verträgliche und an den Interessen der Patienten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter orientierte Veränderungsprozesse in Gang gesetzt werden, deren oberstes Ziel die Gesundheit der anvertrauten Patienten sowie der Ausbau und Erhalt von gesunden Arbeitsbedingungen und nicht die optimale Gewinnmaximierung ist.“

Begründung

Die Erklärung ist unterschrieben vom: Konzernbetriebsrat, ver.di Bezirk Wiesbaden, Klinikdirektorinnen und -direktoren und dem Marburger Bund Hessen. Wir als Stadtteilgruppe „Lebenswertes Westend“ sind gegen diese Privatisierung. Auf der einen Seite werden wir bei der Großsporthalle auf dem Platz der Deutschen Einheit über 30 Mio. € an Steuergeldern verschwendet und auf der anderen Seite bei der medizinischen Versorgung der Bevölkerung gespart.

Die Privatisierung wird unserer Meinung nach zu einer Verschlechterung der medizinischen Versorgung führen. Leistungen, die z.B. von den Krankenkassen nicht übernommen werden, würden wegfallen, so, wie das bereits bei den anderen Krankenhäusern der Fall ist. Muss jetzt jemand, wie in der USA, sterben, nur weil er nicht versichert ist und die HSK die

Behandlung ablehnt, weil sie sonst auf den Kosten hängen bleibt? Die Behandlung z.B. einer
Krebserkrankung kostet laut unseren Informationen über 20.000 €. Bisher sind auch solche
Patienten behandelt worden.

Beschluss Nr. 0199

Der Antrag der Fraktion Lebenswertes Westend wird abgelehnt.

+

+

Verteiler:

100230 z.d.A.

Bischoff
Ortsvorsteher